

LEHRBUCH

Herbert Sperber

Wirtschaft verstehen

112 Lernmodule zur VWL

5. Auflage



SCHÄFFER
POESCHEL

SCHÄFFER

POESCHEL

Herbert Sperber

Wirtschaft verstehen

112 Lernmodule zur VWL

5., überarbeitete Auflage

2016

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

Autor:

Prof. Dr. Herbert Sperber lehrt Volkswirtschaft sowie Bank- und Finanzmanagement an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen

Dozenten finden Folienvorlagen,
Antworten auf die Kontrollfragen
und weitere Aufgaben mit Lösungen
für dieses Lehrbuch unter:
www.sp-dozenten.de
(Registrierung erforderlich)

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Print ISBN 978-3-7910-3696-0 Bestell-Nr. 20532-0002
EPDF ISBN 978-3-7910-3697-7 Bestell-Nr. 20532-0151

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2016 Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH
www.schaeffer-poeschel.de
service@schaeffer-poeschel.de

Fotos: Umschlagabbildung MEV Verlag GmbH, Augsburg; S. 14, 147, 150 DIZ Dokumentations- und Informationszentrum München; S. 15, 157 dpa Picture-Alliance Frankfurt;
S. 144 Adam Smith-Archiv, Nürnberg
Umschlagentwurf: Goldener Westen, Berlin
Umschlaggestaltung: Kienle gestaltet, Stuttgart
Lektorat: Bernd Marquard, Stuttgart

Layout: Ingrid Gnoth | GD 90, 79256 Buchenbach
Grafik: Doris Sperber | variable-design, Reutlingen
Satz: primustype Robert Hurler GmbH, Notzingen

Juli 2016

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart
Ein Tochterunternehmen der Haufe Gruppe

Vorwort zur fünften Auflage

Dieses Buch ist ein grundlegendes und einführendes Lehrbuch der Volkswirtschaft. Was ist das Besondere daran?

Es verfolgt das Ziel, die Leserinnen und Leser in übersichtlicher und leicht verständlicher, ja unterhaltsamer Form mit den wesentlichen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen vertraut zu machen. Die Ausführungen haben einen starken Realitätsbezug und sind topaktuell. Das Buch ist modular aufgebaut. Jedes Modul widmet sich einem Baustein der Gesamtproblematik und ist grundsätzlich für sich allein genommen verständlich. Am Ende jedes (modulübergreifenden) Kapitels steht ein Interview. Hier beantworten namhafte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik Fragen, die im Rahmen des vorgehend behandelten Themengebiets von herausragendem Interesse sind. Die Sprache des Buches und das analytische Vorgehen sind durchweg klar und einfach. Für viele Leser dürfte das Werk deshalb eine Brücke zum besseren Verständnis der üblichen, eher formalen Volkswirtschaftsbücher schlagen.

In diesem Sinne lag bei der Bearbeitung dieser 5. Auflage ein Hauptaugenmerk darauf, den Seitenumfang des Buches so knapp wie möglich zu halten. Neben der Aktualisierung des gesamten Datenmaterials und der Vornahme vereinzelter inhaltlicher Korrekturen habe ich die Makroökonomik in Kapitel 4 zusammengefasst und die Ausführungen zu den Finanzmärkten (Kapitel 8) gestrafft. In der Rubrik »Nachgehakt« habe ich einige weitere spannende Themen in ihrer Kernproblematik kurz aufgegriffen.

Mit dieser Konzeption richtet sich das Buch in erster Linie an Studierende der Wirtschaftswissenschaften und anderer Disziplinen, die sich volkswirtschaftliches Wissen aneignen möchten bzw. müssen. Daneben ist es meines Erachtens in besonderem Maße für den Einsatz an Gymnasien und Berufskollegs bzw. Fachoberschulen sowie in der beruflichen Weiterbildung geeignet. Nicht zuletzt soll das Buch den Lesern des Wirtschaftsteils von Zeitungen und all denen nützen, die Interesse an volkswirtschaftlichen Fragen haben.

Ich möchte zuerst Kerstin Schramm danken. Wie immer hat sie mir mit der Recherche zahlreicher Fachbegriffe, Daten und Literaturquellen wertvolle Zulieferdienste geleistet. Meiner Assistentin Susanne Hofer danke ich dafür, dass sie mir – neben einiger Schreibearbeit – viele lästige Verwaltungsaufgaben abgenommen hat. Ich danke meinen Interviewpartnern für die Zeit, die sie sich zur Beantwortung meiner Fragen genommen haben. Großen Dank schulde ich wieder Bernd Marquard. Mit seinem Sachverstand und Perfektionismus ist er eine sichere Bank für jeden Autor. Nicht zuletzt danke ich Frank Katzenmayer, der mit großer Ruhe die Richtung vorgibt.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur fünften Auflage	V
Einleitung: Der Untersuchungsgegenstand dieses Buches	1
Aufbau und Inhalt des Buches	3
<hr/>	
1 Was heißt hier ökonomisch?	5
1.1 Leben heißt wirtschaften – das Problem der Knappheit	6
1.2 Was, wie, für wen? Die Grundfragen der Ökonomie	8
1.3 Input und Output – das Unternehmen Volkswirtschaft	10
1.4 Die unsichtbare Hand – der Koordinationsmechanismus des Marktes	12
1.5 Der deutsche Weg: Die Soziale Marktwirtschaft	14
1.6 Zweck und Mittel – Aufgaben und Methodik der Volkswirtschaftslehre	17
1.7 Das magische Viereck – Probleme der Stabilisierungspolitik	18
1.8 Kompetenz und Macht – die Träger der Wirtschaftspolitik	20
1.9 So funktioniert eine Volkswirtschaft	23
<hr/>	
2 Im Großen und Ganzen – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	29
2.1 Die Gesamtrechnung bitte	30
2.2 Leistung zählt – das Bruttoinlandsprodukt als Gradmesser	33
2.3 »Und jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt«	36
2.4 Von Forderungen und Verbindlichkeiten – volkswirtschaftliche Saldenmechanik	38
2.5 Grenzüberschreitender Verkehr – internationale Güter- und Kapitalströme	41
2.6 Gut und Geld – zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Geldes	44
2.7 Warum ist Inflation schlecht?	46
2.8 Die Wirkungen einer Währungsreform	49
2.9 Das Schreckgespenst der Deflation	50
2.10 Merkwürdige Verkettungen – die Messung des Wirtschaftswachstums und der Inflationsrate	53
2.11 Das Interview: Karlheinz Ruckriegel	56

3	Produktion, Märkte und Preisbildung	59
3.1	Produzieren ist der Anfang von allem – die Produktionsfunktion.....	60
3.2	Die Produktivität und weitere volkswirtschaftliche Kennzahlen.....	63
3.3	Angebot und Nachfrage – die mikroökonomische Perspektive ...	65
3.4	Kosten und Erlös: Ein Beispiel zur Ableitung der Angebotskurve einer Unternehmung	69
3.5	Auf die Elastizität kommt es an – die Reaktion der Haushalte	71
3.6	... und die Reaktion der Unternehmen	74
3.7	Gut geplant – das Marktgleichgewicht	75
3.8	Die Konkurrenz schläft nicht – Funktionen des Preismechanismus	77
3.9	Nichts ist vollkommen – welche Marktformen gibt es?.....	79
3.10	Monopoly – Größenvorteile und New Economy	80
3.11	Missbrauchsgefahr – Angebot und Preisbildung im Monopol	82
3.12	Weniger kann auch mehr sein – das Oligopol	84
3.13	Marc O’Polo, Diesel, Boss – das heterogene Polypol	86
3.14	Wenn der Staat eingreift – die Wirkungen von Höchst- und Mindestpreisen	88
3.15	Subventionen für alle!.....	90
3.16	Arbitrageure und andere Halunken – Funktionsweise und Bedeutung von Arbitrage und Spekulation	92
3.17	Das Interview: Andreas Mundt	95
4	Konjunktur und Beschäftigung	99
4.1	Das Phänomen der Konjunktur – Beobachtungen.....	100
4.2	Boom, Boom, Boom, Boom – die Phasen eines Konjunkturzyklus	103
4.3	Live dabei – die zweite Weltwirtschaftskrise	105
4.4	Eine kurze Geschichte der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrisen.....	108
4.5	Gesamtwirtschaftliches Güterangebot und gesamtwirtschaftliche Güternachfrage	110
4.6	Warum schwankt die Wirtschaft?.....	114
4.7	Von Antreibern und Bremsern – Einflussfaktoren der Konjunkturentwicklung	116
4.8	Der große Multiplikator – wie sich eine Änderung des Volkseinkommens vervielfachen kann.....	118
4.9	Kann man die Konjunktur vorhersagen?	122
4.10	Lohn und Brot – das Problem der Arbeitslosigkeit	124
4.11	Und was sind die Ursachen?.....	126

4.12	Im Brennpunkt: Die strukturelle Arbeitslosigkeit	130
4.13	Münchhausen lässt grüßen – die Kaufkrafttheorie	134
4.14	Ist Arbeiten Pflicht? Wege aus der Unterbeschäftigung	136
4.15	Das Interview: Clemens Fuest	140
5	Welche Möglichkeiten hat die Wirtschaftspolitik?	143
5.1	Der Nachtwächterstaat oder das System der Klassik	144
5.2	Kennen Sie Keynes? Vom Glauben an die Globalsteuerung	147
5.3	Friedman und die eiserne Lady – Monetaristen sind auch Menschen	149
5.4	Keine einfache Beziehung – die Phillipskurve	152
5.5	»Sticky Prices« – neuere Ansätze der Makroökonomik	154
5.6	Wie jetzt? Sechs Schlüsselfragen der makroökonomischen Politik	157
5.7	Das Interview: Marcel Fratzscher	162
6	Vom Staat und seinem Haushalt	165
6.1	Alles im Griff – der Staat im Wirtschaftskreislauf	166
6.2	Das Gesetz der wachsenden Ausdehnung der Staatstätigkeit	168
6.3	»Hunde, wollt ihr ewig leben?« – das deutsche Sozialsystem	170
6.4	Run through the Jungle – Steuerarten und -tarife	174
6.5	Wo wohnt Sebastian Vettel? Steuern und ihre Wirkungen	177
6.6	Staatsverschuldung – notwendig oder gefährlich?	179
6.7	Können Staaten pleitegehen? Yes, they can	183
6.8	Zielsetzung, Instrumente und Probleme der Fiskalpolitik	188
6.9	Die Alternative – das Konzept der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik	190
6.10	Das Interview: Bernd Raffelhüschen	193
7	Die Politik des großen Geldes	197
7.1	Geld ist, was gilt – Begriff und Funktionen des Geldes	198
7.2	Die Geldmenge – eine der wichtigsten Größen der Volkswirtschaft	200
7.3	Wie kommt Geld in den Wirtschaftskreislauf?	201
7.4	Kein Wunder – die multiple Geldschöpfung	206
7.5	Auch die Geldmenge resultiert aus Angebot und Nachfrage	208
7.6	Lizenz zum Drucken – Stellung und Ziele der Europäischen Zentralbank	211
7.7	Einsatz in Mainhattan – die Instrumente der Europäischen Zentralbank	213
7.8	Die Praxis der Liquiditätssteuerung	218
7.9	Wenn die Pferde saufen – die Wirkungsweise der Geldpolitik ...	220
7.10	Auf zwei Säulen – die Strategie der Europäischen Zentralbank	223
7.11	Das Interview: Jens Weidmann	227

8	Money on the Move – Finanzmärkte und Börse	231
8.1	Der Weltfinanzhund – Finanzmärkte und ihre Funktionen	232
8.2	New York, London, Tokio – zur Struktur der Finanzmärkte	234
8.3	Finanzmarktprodukte von A wie Anleihen bis Z wie Zertifikate	237
8.4	Heuschreckenalarm – die Akteure auf den Finanzmärkten	242
8.5	Zinsen als Finanzmarktpreise – gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren	247
8.6	Im Reich der Bullen und Bären – die Börse	249
8.7	Rock around the Clock – der Wertpapierhandel	253
8.8	Lassen sich Aktienkurse prognostizieren?	255
8.9	Wie Finanzkrisen entstehen und sich auswirken	258
8.10	Der Hund bleibt an der Leine – verhalten sich die Finanzmarktakteure rational?	263
8.11	Nicht nur für Rentner – Investieren in Anleihen	264
8.12	Das Interview: Hans-Peter Burghof	267
9	Wie die Welt zusammenhängt	271
9.1	Globalisierung – warum lohnt sich Außenhandel?	272
9.2	Freier internationaler Handel – Pro und Kontra	276
9.3	Global Governance – Institutionen und Regeln der Weltwirtschaft	278
9.4	Der gute und der böse Onkel – Weltbank und Internationaler Währungsfonds	281
9.5	Wir und der Rest der Welt – der internationale Wirtschaftszusammenhang im Überblick	285
9.6	Wie funktioniert der internationale Zahlungs- und Kreditverkehr?	287
9.7	Locomotive Breath – der internationale Konjunkturzusammenhang	290
9.8	Ansteckungsgefahr – der internationale Preiszusammenhang ...	291
9.9	Rasend schnell – der Strom des internationalen Finanzkapitals	294
9.10	Vielschichtig – die Wirkungen einer Wechselkursänderung	295
9.11	Was kostet ein Big Mac? Die Kaufkraftparität	298
9.12	Das internationale Währungssystem – Grundlagen und Erscheinungsformen	300
9.13	Im Vergleich: Das System flexibler Wechselkurse	302
9.14	... und das System fester Wechselkurse	304
9.15	Globale Ungleichgewichte – Ausmaß, Ursachen und Folgen	306
9.16	Grundlagen und Probleme der Europäischen Währungsunion ...	308
9.17	Die Staatsschuldenkrise in der EWU	311
9.18	Das Interview: Joachim Starbatty	321

10	Devisenmarkt und internationaler Kapitalverkehr	325
10.1	Der Devisenmarkt – Knotenpunkt der Weltwirtschaft	326
10.2	Räderwerk einer Präzisionsmaschine – die Devisenmarktgeschäfte	328
10.3	Warum schwanken die Wechselkurse? Fundamentale Einflussfaktoren	330
10.4	James Tobin und die Spekulanten	333
10.5	Die Zähmung des Monsters – Grundfragen und Probleme der Internationalen Finanzarchitektur	337
10.6	Das Interview: Jörg Krämer	343
11	Umwelt und Entwicklung.....	345
11.1	Tatort Erde – Dimensionen und Ursachen der Umweltproblematik	346
11.2	Ziele und Instrumente der Umweltpolitik	348
11.3	Warum sind manche Länder reich und andere arm?	352
11.4	Werden die Entwicklungsländer ausgebeutet?	355
11.5	Was die Rohstoffpreise bewegt oder die Geschichte vom bösen Weizen-Zocker	356
11.6	Das Interview: Hans-Werner Sinn	361
Glossar	364
Allgemeine Literatur	379
Stichwortverzeichnis	382

Einleitung: Der Untersuchungsgegenstand dieses Buches

Das Ziel der folgenden Ausführungen ist es, den Lesern zunächst einen Überblick über das »System Volkswirtschaft« zu geben. Darauf aufbauend werden die in diesem Buch behandelten Themengebiete kurz vorgestellt. Zur Veranschaulichung dient Abbildung 1. Es handelt sich dabei um eine zwar nicht vollständige, gleichwohl recht umfassende und detaillierte Darstellung des Wirtschaftskreislaufs. Die meisten der in der Volkswirtschaftslehre untersuchten Sachverhalte können jeweils als Ausschnitt bzw. Subsystem in diesem erweiterten Kreislaufdiagramm »verortet« werden. Erfahrungsgemäß ist die behandelte Thematik dadurch besser verständlich. Wir werden deshalb in diesem Buch immer wieder auf Abbildung 1 Bezug nehmen. Nun aber zum Lehrstoff.

In der Sichtweise der Volkswirte spielt sich der Wirtschaftsprozess zwischen vier Sektoren ab: den privaten Haushalten, den Unternehmen, dem Staat und dem Ausland. Diese Sektoren der Volkswirtschaft sind durch Geldströme miteinander verbunden, und zwar so, dass ein in sich geschlossener Kreislauf entsteht – ähnlich dem Blutkreislauf eines Menschen. In Abbildung 1 fließt ein Geldstrom von den inländischen Unternehmen (dazu gehören übrigens auch die Niederlassungen ausländischer Firmen im Inland) zu den privaten Haushalten. Dieser Geldstrom entspricht dem Faktoreinkommen, das die Haushalte als Eigentümer von Produktionsfaktoren – also Arbeit, Boden, Sach- und Finanzkapital – beziehen. Sie verkaufen die Nutzung dieser Produktionsfaktoren auf den Faktormärkten (bzw. auf den Finanzmärkten) und erhalten dafür Lohn-, Gewinn-, Zins- und Mietzahlungen.

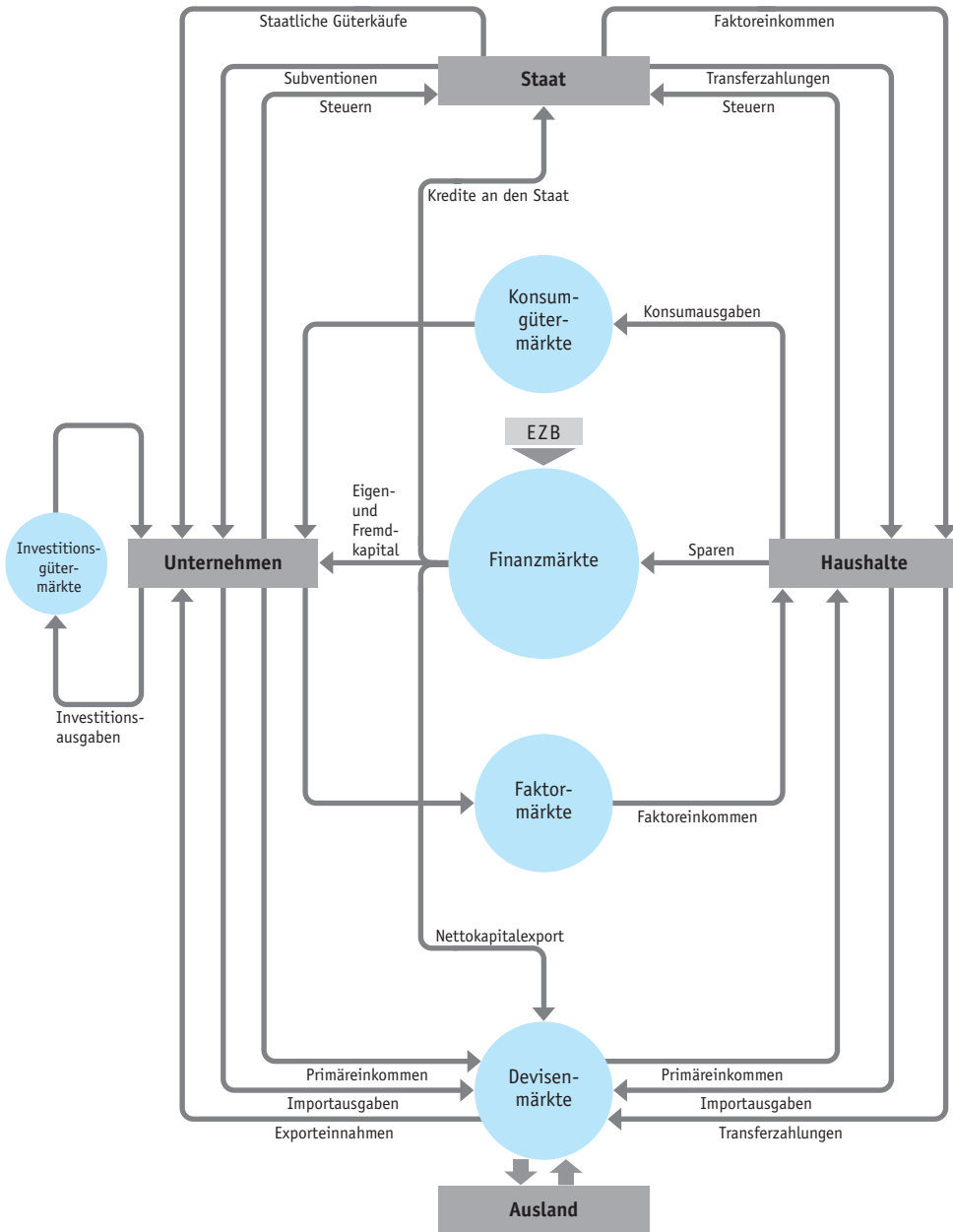
Außer ihrem Einkommen von inländischen Unternehmen fließen den Haushalten Faktoreinkommen vom Staat (Gehälter und Zinsen auf staatliche Wertpapiere) sowie aus dem Ausland (so genannte Primäreinkommen) zu. Letztere beinhalten die Löhne von Grenzgängern sowie empfangene Zinsen bzw. Dividenden auf Schuldverschreibungen und Aktien ausländischer Kapitalnehmer. Zusätzlich beziehen die Haushalte staatliche Transferzahlungen (also Geldgeschenke in Form von Renten, Arbeitslosengeld, Kindergeld etc.). Andererseits müssen sie Steuern (und Sozialabgaben) entrichten. Typischerweise leisten die deutschen privaten Haushalte per Saldo auch laufende Transferzahlungen an das Ausland (Beispiel: Überweisungen von Gastarbeitern an ihre Familien im Heimatland). Ihr letztlich verfügbares Einkommen verwenden sie für privates Sparen und für Konsumausgaben. Ein Teil der Konsumausgaben fließt zur Bezahlung von Importen (vor allem für Urlaube) ins Ausland ab. In wesentlich größerem Umfang strömen die Geldmittel der Haushalte über die Konsumgütermärkte zu den inländischen Unternehmen.

Die Unternehmen verzeichnen neben den Einnahmen aus inländischen Konsumgüterverkäufen einen Zustrom von Geld aus staatlichen Güterkäufen sowie aus Exporten. Des Weiteren erhalten sie Subventionen vom Staat. Im Gegenzug zahlen die Unternehmen Steuern (und Sozialabgaben). Außerdem führen Importe sowie Lohn-, Dividenden-, Zins- und Mietzahlungen an das Ausland (Primäreinkommen) zu einem Geldabfluss.

Der erweiterte
Wirtschaftskreislauf

Abb. 1

Die Geldströme durch die Volkswirtschaft



Der von den Haushalten nicht für Konsumausgaben verwendete Teil ihres verfügbaren Einkommens, das private Sparen, wird über die Finanzmärkte auf dem Kreditwege (Fremdkapital) oder in Form des Anteilserwerbs (Eigenkapital) in Investitionsausgaben der Unternehmen gelenkt. Der durch das Sparen generierte Geldstrom dient darüber hinaus der Deckung der staatlichen Kreditaufnahme. Der Rest fließt – über die Devisenmärkte – als Nettokapitalexport ins Ausland. Die Bezeichnung Nettokapitalexport bedeutet, dass dem Inland natürlich auch von ausländischen Kapitalanlegern Finanzierungsmittel zufließen. Beispielsweise ist das Ausland der größte Gläubiger des deutschen Staates. Per Saldo aber exportiert Deutschland traditionell weitaus mehr Kapital, als es importiert. Das korrespondiert mit der Stellung Deutschlands als einer der weltweit führenden Exporteure von Waren und Dienstleistungen.

Wenn wir nun zum Abschluss der hier versuchten überblicksartigen Darstellung einer Volkswirtschaft nochmals auf das Bild des Blutkreislaufs zurückkommen, dann entspricht die Rolle der Finanzmärkte offenkundig der des Herzens: Über die Märkte für Bankkredite, Aktien und verzinsliche Wertpapiere werden Finanzierungsmittel in die Adern der Volkswirtschaft gepumpt. Der reibungslose Geldtransport auf den Finanzmärkten ist notwendig, um die im Wirtschaftsprozess entstehenden Finanzierungslücken des Sektors Unternehmen, des Staates und des Auslandes zu schließen. Andernfalls müsste der Umfang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität merklich schrumpfen.

Die Rolle der Finanzmärkte

Aufbau und Inhalt des Buches

Gegenstand des 1. Kapitels ist die Erläuterung grundlegender Begriffe und Fragestellungen der Volkswirtschaftslehre. Im Mittelpunkt steht die Analyse des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems. Das 2. Kapitel widmet sich der Messung der Wirtschaftsleistung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Dort werden die in Abbildung 1 gezeigten Geldströme systematisch erfasst. Derartige Rechnungen geben Aufschluss über die materielle Situation bzw. Entwicklung einer Volkswirtschaft; sie bilden die unverzichtbare Grundlage der makroökonomischen Theorie und Politik.

Im 3. Kapitel kommen wir zur Mikroökonomik. Bezogen auf Abbildung 1 beleuchten wir hier insbesondere das Verhalten von Haushalten und Unternehmen auf den Güter- und Faktormärkten. Die Kapitel 4 und 5 befassen sich mit der Makroökonomik. Sie analysiert die Bestimmungsgründe des Einkommens und der Beschäftigung eines Landes und sucht nach den »richtigen« Wegen der Wirtschaftspolitik. Also: Warum ist in Abbildung 1 der Pegel der Geldströme manchmal zu hoch und manchmal zu niedrig? Wie lässt sich der Kreislauf der Wirtschaft stabilisieren?

Thema des 6. Kapitels ist die Finanzwissenschaft, deren Erkenntnisinteresse sich auf die Rolle des Staates richtet. Abbildung 1 zeigt, über welche Geldströme die öffentliche Hand mit der privaten Wirtschaft verbunden ist. An dieser Stelle sei

noch erwähnt, dass der Staat selbstverständlich auch mit dem Ausland Wirtschaftsbeziehungen unterhält. Zum Beispiel könnte die Bundeswehr Kampfhubschrauber bei dem US-Unternehmen Boeing bestellen. Aus Gründen der Anschaulichkeit haben wir die mit derartigen Transaktionen verbundenen Geldströme zwischen dem (inländischen) Staat und dem Ausland in Abbildung 1 unberücksichtigt gelassen. Neben dem Staat – also der Regierung – ist die Zentralbank der zweite große Akteur der Wirtschaftspolitik. Wir haben die Europäische Zentralbank deshalb als weiteren Sektor in Abbildung 1 aufgenommen. Sie entfaltet ihren Einfluss über die Finanzmärkte. Die Analyse ihrer Geldpolitik ist Gegenstand des 7. Kapitels. Im 8. Kapitel widmen wir uns den Vorgängen auf den Finanzmärkten im Einzelnen. Wie gesagt, bilden die Finanzmärkte das »Herz« des Wirtschaftskreislaufs. Wenn es nicht funktioniert, bricht eine moderne Volkswirtschaft zusammen.

Das 9. Kapitel befasst sich mit dem internationalen Wirtschaftszusammenhang. Anhand von Abbildung 1 sind die zwischen dem In- und Ausland fließenden Einnahme-, Ausgabe- und Finanzierungsströme ersichtlich. Eine enge weltwirtschaftliche Verflechtung, wie sie für Deutschland konstatiert werden kann, hat zweifellos große Vorteile, ist aber nicht unproblematisch. Man denke etwa an die Schwierigkeiten in der Europäischen Währungsunion. Wie Abbildung 1 zeigt, müssen alle zwischen unterschiedlichen Währungsräumen fließenden Geldmittel auf den Devisenmärkten in die jeweils gewünschte nationale Währung umgetauscht werden. Was auf den Märkten für den Tausch und den Handel von Devisen genau passiert, fragen wir in Kapitel 10.

Das 11. Kapitel behandelt die zentralen Aspekte der Umwelt- und der Entwicklungsökonomie. Es schließt mit einer kompakten Erläuterung der Preisbildung auf den Rohstoffmärkten.

Zuletzt möchten wir noch auf Folgendes hinweisen: Am Ende eines jeden Kapitels (mit Ausnahme von Kapitel 1) führen wir »Das Interview«. Dabei befragen wir namhafte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu aktuellen und grundsätzlichen ökonomischen Themen unserer Zeit. Diese Interviews bilden eine wertvolle und hochinteressante Vertiefung und Ergänzung des jeweils zuvor behandelten Lehrstoffes. Wir möchten deren Lektüre deshalb unseren Lesern besonders ans Herz legen.

1 Was heißt hier ökonomisch?

*»Denn der Sinn des Lebens besteht nicht darin,
dass ein Mensch aufgrund seines großen Vermögens im Überfluss lebt.«
Lukas 12, 15*

Lernziele

- ▶ Sie wissen, mit welchen zentralen Fragen sich die Volkswirtschaftslehre beschäftigt und mit welcher Methode sie arbeitet.
- ▶ Sie kennen die Wesensmerkmale der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme.
- ▶ Sie verstehen den volkswirtschaftlichen Produktionsprozess.
- ▶ Sie können das marktwirtschaftliche System beurteilen und sind mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft vertraut.
- ▶ Sie kennen die Ziele sowie die Akteure der Wirtschaftspolitik, wissen, über welche Instrumente diese verfügt und verstehen deren Wirkungsweise.

In New York leben ganze Bevölkerungsteile zusammen mit Millionen von Ratten in den unterirdischen Schächten der Kanalisation. Wenn einer der menschlichen Bewohner herauskriecht, um in den Mülltonnen der Stadt nach weggeworfenen Fast-Food-Resten zu suchen, und sich dabei ein wenig auffällig benimmt, so kann es schon vorkommen, dass er von der um die öffentliche Sicherheit besorgten Polizei festgenommen wird. Den gemächlich passierenden Fahrer des schwarzen Lamborghini Diabolo, der gerade seine an der Wall Street notierten Aktienoptionen mit hundert Millionen Gewinn verkauft hat, dürfte das vergleichsweise wenig beeindrucken. Warum auch? That's life. Oder?

In der Dritten Welt verhungern täglich mehrere tausend Kinder, während in den Industriestaaten Milliarden Tonnen Nahrungsmittel verschwendet werden, weil sie in Größe und Aussehen nicht den Vorgaben der Supermärkte entsprechen. Ist das in Ordnung? Normal nicht, aber es ist eine Erscheinungsform der wirtschaftlichen Realität. Was ist das für eine Realität?

In den Ausführungen dieses ersten, grundlegenden Kapitels werden wir zunächst die Knappheit, das heißt die Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Güterproduktion als zentrales Problem der Ökonomie herausstellen. Aus ihm ergeben sich zwangsläufig drei Grundfragen, nämlich was, wie und für wen in einer Volkswirtschaft produziert werden soll. Wir betrachten dabei das System Volkswirtschaft als ein riesiges Unternehmen, das sich aus einer Viel-

zahl jeweils nur am eigenen Vorteil orientierter Entscheidungsträger, sozusagen »Profit-Centern«, zusammensetzt. So mancher, der schon einmal die Zentrale einer großen Bank, eines Industrieunternehmens oder eine Behörde von innen gesehen hat, wird sich vermutlich gefragt haben, wie die unzähligen Einzelaktionen, Abläufe und Entscheidungen ineinandergreifen, sodass am Ende ein mehr oder weniger vernünftiges Ergebnis resultiert. Dasselbe gilt natürlich für ein ganzes Land oder für die Welt insgesamt. Warum mündet das alles nicht im Chaos? Wie, nach welchem Grundprinzip, funktioniert die kapitalistische Marktwirtschaft? Und wo liegen ihre dunklen Seiten? Mit diesen und ähnlichen Fragen wollen wir uns auf den nächsten Seiten befassen. Besondere Beachtung schenken wir der in Deutschland realisierten Wirtschaftsordnung, der Sozialen Marktwirtschaft. Erläutert werden des Weiteren die Aufgaben und Methodik der Volkswirtschaftslehre sowie die Ziele und Träger der Wirtschaftspolitik. Auch geben wir eine zusammenfassende Darstellung der wirtschaftspolitischen Instrumente und deren Wirkung.

1.1 Leben heißt wirtschaften – das Problem der Knappheit

Die Lehre von dem wirtschaftlichen Geschehen in der Welt nennt man *Ökonomie*. Manchmal spricht man auch von *Ökonomie* und meint damit allgemein »die Wirtschaft« (sozusagen als Ort dieses Geschehens). Als Entdecker der *Ökonomie* gilt gemeinhin *Aristoteles* (384–322 v. Chr.). Der berühmte österreichische Ökonom *Josef Schumpeter* (1883–1950) vermochte zwar in dessen Beiträgen lediglich einen »ehrbaren, prosaischen, irgendwie mittelmäßigen und recht schwülstigen, gesunden Menschenverstand« zu erkennen. Genau darum geht es aber!

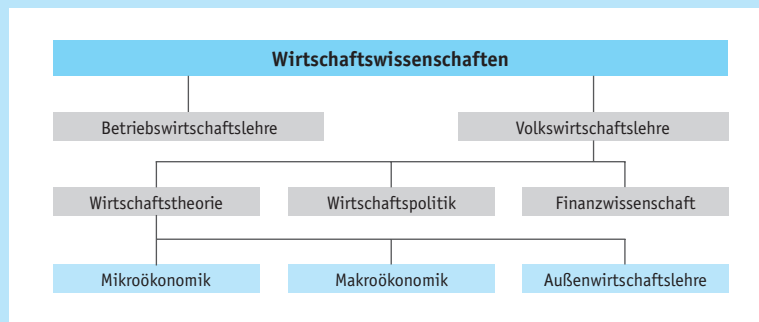
Die *Ökonomie* beschäftigt sich nämlich mit dem ganz gewöhnlichen, menschlichen Problem des Mangels oder der Knappheit. Es ergibt sich daraus, dass jeder Einzelne von uns eine unendlich große Fülle von Wünschen bzw. Bedürfnissen hat, die vorhandenen Möglichkeiten zu deren Erfüllung aber begrenzt sind. Die Folge davon ist, dass viele Güter, eben weil sie heftig begehrt werden, knapp sind. Solche Güter bezeichnen wir als *ökonomische Güter*. So genannte *freie Güter* sind dagegen, gemessen an den Wünschen der Individuen, in beliebiger Menge vorhanden. Derartige Güter haben typischerweise auch keinen Preis. Allerdings fällt es schwer, dafür Beispiele zu finden. Sand in der Sahara wäre etwa eines. Oder faule Eier. Sie mögen vielleicht selten sein, aber knapp im ökonomischen Sinne sind sie nicht. Sehr viele Güter, die früher einmal frei waren, wie Wasser, saubere Luft oder Parkplätze, sind indes mittlerweile zu knappen und damit teuren Gütern geworden. Aus der Knappheit resultiert die Notwendigkeit, sich auf eine sinnvolle Auswahl bestimmter Bedürfnisse zu beschränken. Jeder Mensch mit einem begrenzten Einkommen – und das sind die meisten – kennt das. Er muss »wirtschaften«. Wirtschaften bedeutet stets den möglichst zweckmäßigen Einsatz knapper Mittel. Diese Notwendigkeit betrifft jede handelnde Wirtschaftsperson (in der Sprache des Ökonomen: jedes *Wirtschaftssubjekt*) – egal ob Privathaushalt, Aktiengesell-

schaft oder staatliche Einrichtung. Gemeinsamer Orientierungsmaßstab ist dabei das »ökonomische Prinzip«. Es verlangt, mit gegebenen Mitteln einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen (*Maximalprinzip*) oder ein gegebenes Ziel mit möglichst geringem Aufwand zu erreichen (*Minimalprinzip*). Bei näherer Betrachtung besteht unser ganzes Leben aus lauter solchen Optimierungsentscheidungen. Das ist auch der Grund, weshalb die Ökonomie längst nicht mehr nur bei der Erklärung ihrer traditionellen wirtschaftsbezogenen Fragestellungen Anwendung findet. So liefert heutzutage die ökonomische Theorie der Politik, der Bürokratie, der Ehe bzw. Familie, der Kriminalität, der Drogen oder der Religion hochinteressante Einsichten in die Gesellschaft und ihre Verhaltensweisen. Abbildung 1-1 zeigt die traditionelle Gliederung der Wirtschaftswissenschaften.

Ökonomisches Prinzip

Abb. 1-1

Einteilung der Wirtschaftswissenschaften



Die *Betriebswirtschaftslehre* analysiert die Entscheidungen der Unternehmen. Die *Volkswirtschaftslehre* widmet sich den Vorgängen des Wirtschaftslebens insgesamt. Sie wird in die *Wirtschaftstheorie*, die *Wirtschaftspolitik* und die *Finanzwissenschaft* untergliedert.

Gegenstand der *Wirtschaftstheorie* ist zum einen die *Mikroökonomik*. Sie befasst sich mit dem Verhalten einzelner Haushalte und Unternehmen sowie mit der Funktionsweise des Marktes. Aufgabe der *Makroökonomik* ist es zu erklären, wie sich die Entscheidungen von Unternehmen, Haushalten und Staat in ihrer Gesamtheit auswirken. Wie kommt es zu Konjunkturschwankungen, Arbeitslosigkeit und Inflation? Welche Rolle spielt das Geld? Die *Makroökonomik* soll auf dieser Basis Handlungsvorschläge für die *Wirtschaftspolitik* bereitstellen. Die *Außenwirtschaftslehre* fragt nach den Konsequenzen, die aus der internationalen Verflechtung eines Landes entstehen. Im Rahmen der *Wirtschaftspolitik* geht es um Möglichkeiten des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaftsordnung und den Wirtschaftsablauf. Was sollen Zentralbank und Regierung tun? Welche Rezepte gibt es zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme einer Nation? Eine rationale *Wirtschaftspolitik* wird sich dabei auf die Erkenntnisse der *Wirtschafts-*

theorie stützen. Die *Finanzwissenschaft* untersucht die Aufgaben des Staates im Wirtschaftsgeschehen. Ihr Interesse richtet sich auf die Wirkungen von Steuern, Staatsausgaben und öffentlichen Schulden.

1.2 Was, wie, für wen? Die Grundfragen der Ökonomie

In jeder Volkswirtschaft sind infolge der nur begrenzt verfügbaren Produktionsmöglichkeiten drei Grundfragen zu beantworten:

- ▶ Was soll produziert werden?
Welche Arten von Gütern sollen in welchen Mengen hergestellt werden?
- ▶ Wie soll produziert werden?
Welche Produktionsmittel – Maschinen, Arbeitskräfte etc. – sollen in welchem Umfang eingesetzt werden? Wo, an welchen Standorten soll produziert werden?
- ▶ Für wen soll produziert werden?
Wer erhält wie viel des Produktionsergebnisses? Welcher Teil der Produktion soll sofort konsumiert, welcher Teil soll investiert werden und so dazu dienen, die Produktionsmöglichkeiten in der Zukunft zu erhöhen?

Ein Wirtschaftssystem (Wirtschaftsordnung) ist die Gesamtheit der rechtlichen Vorschriften, Koordinationsmechanismen, Zielsetzungen, Verhaltensweisen und Institutionen, die den Aufbau und Ablauf einer Volkswirtschaft bestimmen

Die auf die Lösung dieser drei Kernprobleme gerichteten Entscheidungen können von einer zentralen Planungsbehörde (oder auch von mehreren Behörden) getroffen werden. Das ist eine Möglichkeit. Gewöhnlich setzt sie voraus, dass auch die Produktionsmittel – das »Kapital« – dieser Behörde unterstellt, also vergesellschaftet sind oder dem Staat gehören. Man spricht dann von *sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaft* (siehe Abbildung 1-2). In der Regel werden in einem solchen Wirtschaftssystem auch die Preise für die produzierten Güter sowie die Löhne etc. staatlich festgelegt. Die Erfahrungen mit dieser Organisationsform einer Volkswirtschaft sind aber wenig ermutigend. Man denke etwa an die Hinterlassenschaft der ehemaligen UdSSR: verseuchte Seen und Flüsse, veraltete oder funktionsunfähige Maschinen, heruntergekommene Fabrikgebäude, verbreiteter Alkoholismus und teilweise bittere Armut. Lehrer und Soldaten beispielsweise sollen monatelang überhaupt kein Gehalt bekommen haben. Viele Produkte waren und sind nur am »Schwarzmarkt« erhältlich und Korruption scheint eine große Rolle zu spielen. Auch die Beispiele Kuba oder Nordkorea zeigen, dass die Kernprobleme einer Volkswirtschaft mit zentraler Planung nicht zufriedenstellend zu bewältigen sind.

Auf der anderen Seite steht die *kapitalistische Marktwirtschaft*, in der Millionen von Privathaushalten und Unternehmen eigenverantwortlich (dezentral) darüber entscheiden, was, wie und für wen produziert wird. Die Produktionsmittel befinden sich hier in privater Hand und die Lenkung der Güterherstellung in die »richtigen«, das heißt von den Käufern gewünschten Verwendungsbereiche geschieht über die erzielbaren Preise und Gewinne. Als Exponenten dieses Systems gelten

die USA, Hongkong oder Monaco. Der in diesen Ländern erreichte materielle Wohlstand lässt die marktwirtschaftliche Lösung als haushoch überlegen erscheinen. Aber auch sie hat ihre Schwächen (siehe Kapitel 1.4).

Abb. 1-2

Wirtschaftssysteme

Die einzelnen Wirtschaftssysteme ergeben sich aus der Kombination der Bauelemente »Koordinationsprinzip« und »Eigentumsordnung«

	Eigentumsordnung		
Koordinationsprinzip	Privateigentum an Produktionsmitteln	Gemeineigentum an Produktionsmitteln	
dezentrale Planung	kapitalistische Marktwirtschaft	sozialistische Marktwirtschaft	
zentrale Planung	kapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft	sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft	

Die *kapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft* dürfte keine ernsthafte Realisierungschance haben. Im Modell der *sozialistischen Marktwirtschaft* gibt es grundsätzlich die Möglichkeit, dass die Produktionsmittel überwiegend Staatseigentum sind. Typischerweise hat hier auch die zentrale staatliche Planung noch erhebliches Gewicht. So etwa in Ungarn bis Ende der 1980er-Jahre und in China in den 1980er-Jahren bis heute. Alternativ können die Produktionsmittel überwiegend Gesellschaftseigentum sein: Sie gehören den Beschäftigten der einzelnen Betriebe. Über ihre Nutzung entscheiden die Mitarbeiter im Rahmen der »Arbeiterselbstverwaltung«. Dieses Modell war in Ansätzen in Jugoslawien bis Ende der 1980er-Jahre verwirklicht. Die meisten heutigen Wirtschaftssysteme kombinieren Elemente der kapitalistischen und der sozialistischen Marktwirtschaft. Hierzu gehören etwa die französische »Planification«, in der bestimmte »Makrogrößen« (vor allem die Investitionen) zentral vorgeplant werden, oder das »schwedische Modell«, welches der Vollbeschäftigung und sozialen Sicherheit oberste Priorität einräumt. Auch die unter der Verantwortung von *Ludwig Erhard* (1897–1977) in Deutschland etablierte *Soziale Marktwirtschaft* bildet eine Mischform, in der dem Staat die Aufgabe zukommt, lenkend einzugreifen und als negativ empfundene Wirkungen der freien Marktwirtschaft abzumildern.

Die in der Realität zu beobachtenden Wirtschaftssysteme stellen Mischformen dar

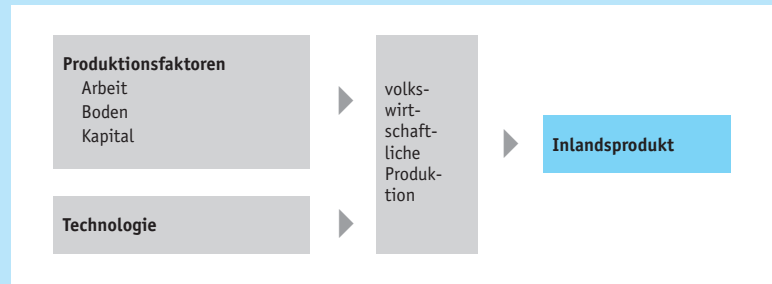
Soziale Marktwirtschaft

1.3 Input und Output – das Unternehmen Volkswirtschaft

Für unsere weiteren Überlegungen benötigen wir noch einige begriffliche Klärungen. Hierzu ist es hilfreich, sich die Volkswirtschaft als ein riesiges Unternehmen vorzustellen, dessen Erzeugnisse zusammen genommen das so genannte Inlandsprodukt bilden (es ist eng verwandt mit dem Sozialprodukt bzw. Nationaleinkommen). Zu seiner Erstellung werden die *Produktionsfaktoren* Arbeit, Boden und Kapital eingesetzt bzw. genutzt (siehe Abbildung 1-3).

Abb. 1-3

Der Produktionsprozess einer Volkswirtschaft



In dem von Ökonomen bevorzugten »Denglisch« werden die eingesetzten, sozusagen hineingesteckten, Produktionsfaktoren als *Input* bezeichnet. Dabei verstehen wir unter *Arbeit* sämtliche Erwerbspersonen eines Landes, also die Zahl der insgesamt verfügbaren Arbeitskräfte bzw. deren Arbeitszeit. (Inwieweit dieses Potenzial tatsächlich ausgeschöpft wird, ist eine andere Frage!) Zum Faktor *Boden* gehören die ganze für wirtschaftliche Aktivitäten verwendbare Bodenfläche sowie die Bodenschätze – dazu zählen etwa auch die Wind- und Solarenergie oder der Fischbestand im Bodensee. *Kapital* umfasst die vorhandenen Maschinen, Werkzeuge, technischen Anlagen, Gebäude, Verkehrswege, Telefonleitungen etc. Genauer spricht man vom Kapitalstock oder Realkapital. So genanntes Finanzkapital ist hingegen kein eigener Produktionsfaktor, vielmehr kann es als Mittel zur Beschaffung von Realkapital verstanden werden. Vergrößerungen des Kapitalstocks werden als *Investitionen* bezeichnet. Sie erhöhen die zukünftigen Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft. Der prinzipiell gleiche Effekt geht übrigens von einer Verbesserung der Produktionstechnologie aus. Aufgrund ihrer großen Bedeutung wird die *Technologie*, das technische und sonstige Wissen in einer Volkswirtschaft, heute oft auch als eigenständiger Produktionsfaktor aufgefasst.

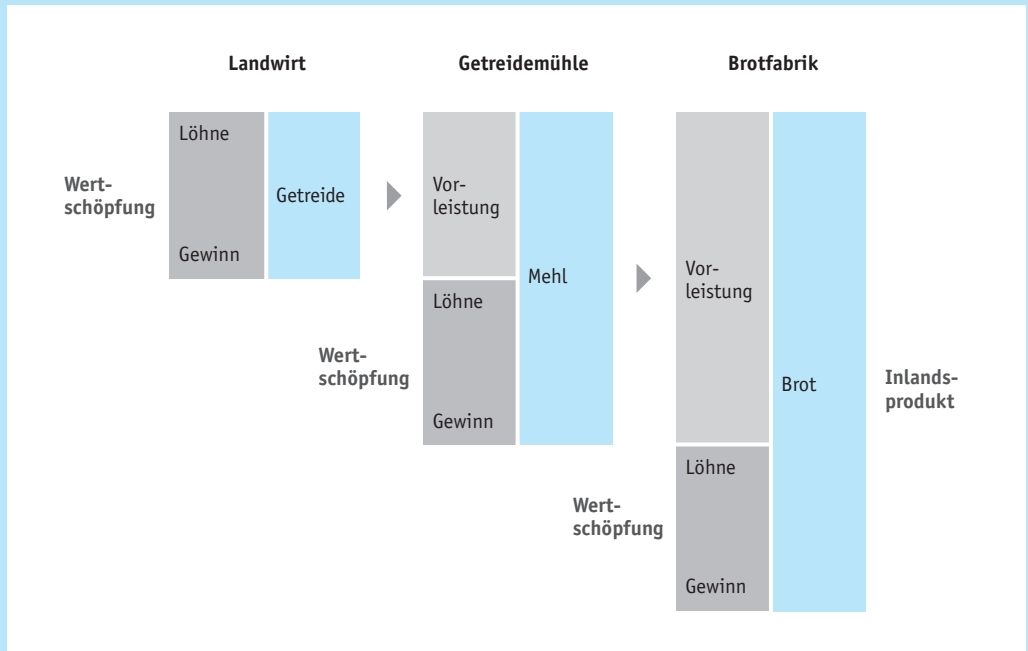
Wenden wir uns nun dem gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnis zu, dem Inlandsprodukt oder *Output* (also dem, was hinten herauskommt). Grundsätzlich

Neben den dauerhaften Produktionsmitteln werden auch nicht dauerhafte Produktionsmittel eingesetzt, die im Produktionsprozess als Vorleistungen verbraucht bzw. verarbeitet werden

kann es sich hier um *Sachgüter* (auch: Waren) oder um *Dienstleistungen* wie etwa Transport, Fernsehunterhaltung, Krankenpflege oder Bildung handeln. Je nachdem, ob diese Güter von privater Hand oder vom Staat bereitgestellt werden, spricht man von *privaten* oder von *öffentlichen Gütern*. Das Thema, warum der Staat überhaupt bestimmte Leistungen selbst produziert bzw. anbietet, diskutieren wir später (siehe Kapitel 6.1). An dieser Stelle bleibt aber festzuhalten, dass das Inlandsprodukt in einem mehrstufigen Prozess geschaffen wird, wie dies für den in Abbildung 1-4 dargestellten Fall der Broterzeugung gut zu sehen ist. Wie in diesem Beispiel ergibt sich auch das am Ende stehende Inlandsprodukt einer ganzen Volkswirtschaft als Summe der auf den jeweiligen Produktionsstufen hinzugefügten *Wertschöpfungen*. Die damit verbundene Verflechtung führt zu einer starken Abhängigkeit zwischen den beteiligten Wirtschaftsbereichen. Dies kann beispielsweise die oft beobachtbaren Kettenreaktionen bei einem konjunkturellen Auf- oder Abschwung erklären.

Abb. 1-4

Die volkswirtschaftliche Wertschöpfungskette am Beispiel der Broterzeugung



1.4 Die unsichtbare Hand – der Koordinationsmechanismus des Marktes

In seiner 1714 veröffentlichten »Bienenfabel« erzählt der Holländer Bernard Mandeville von einem Bienenstock, in dem großer Wohlstand herrscht, aber auch großes Laster. Die Bienen sehnen sich nach mehr Tugendhaftigkeit und christlicher Nächstenliebe. Als ihr Wunsch erfüllt wird, verschwindet jedoch mit dem Laster alle Aktivität der Einzelnen. Der Wohlstand zerbricht. Müßiggang, Langeweile und Chaos breiten sich aus. Die Botschaft dieser Fabel, die damals einen Skandal auslöste, trifft ziemlich genau den Wesenskern der *kapitalistischen Marktwirtschaft*. Man kann ihre Funktionsweise anhand des einfachen *Wirtschaftskreislaufs* erklären (siehe Abbildung 1-5): In diesem Modell sind alle privaten Haushalte zum »Sektor« Haushalte und sämtliche Unternehmen zum »Sektor« Unternehmen zusammengefasst. Die Unternehmen nutzen die von den Haushalten angebotenen Produktionsfaktoren und diese verwenden das dafür erhaltene Einkommen für den Kauf von Konsumgütern. Es fließt also zwischen den beiden Sektoren ein ständiger Strom von Konsumgütern und Faktorleistungen (Arbeitseinsatz, Bodennutzung etc.), dem ein wertgleicher Geldstrom entgegengerichtet ist. Als Plattform für den Tausch Geld gegen Güter bzw. Geld gegen Faktorleistungen dienen die Konsumgüter- bzw. die Faktormärkte.

Steigt nun die Nachfrage der Haushalte nach einem Konsumgut, sagen wir Kartoffeln, so würden sich deren Preis sowie die Gewinne in der Kartoffelbranche erhöhen. Dies veranlasst die Landwirte, mehr Kartoffeln anzubauen, und lockt außerdem neue Anbieter auf den lukrativen Markt. Entsprechend werden mehr Feldarbeiter, Pflüge, Ackerflächen etc. benötigt, woraufhin deren Nutzungspreise – also Löhne, Mieten, Pacht etc. – ansteigen.

Das Beispiel zeigt mithin, dass in der Marktwirtschaft die Konsumenten darüber entscheiden, *was* in der Volkswirtschaft produziert wird (nämlich das, was den höchsten Gewinn abwirft). Die gezielte Nachfrage der Unternehmen nach Faktorleistungen bestimmt daraufhin die Einkommen und damit, *für wen* produziert wird. Gleichzeitig ist das Preisverhältnis zwischen den Produktionsfaktoren maßgeblich für deren jeweilige Einsatzmenge, also dafür, *wie* produziert wird. Angenommen, die Löhne der Feldarbeiter wären im Vergleich zu den Nutzungskosten einer Kartoffelerntemaschine zu hoch, so würden die Landwirte versuchen, Feldarbeiter (Arbeit) durch Kartoffelerntemaschinen (Kapital) zu ersetzen. Der Wettbewerbsdruck zwingt die Unternehmen dabei zu ständigem Nachdenken darüber, wie die Produktion noch kostengünstiger bzw. effizienter zu gestalten wäre. Das ist das Geheimnis der hohen Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftssystems.

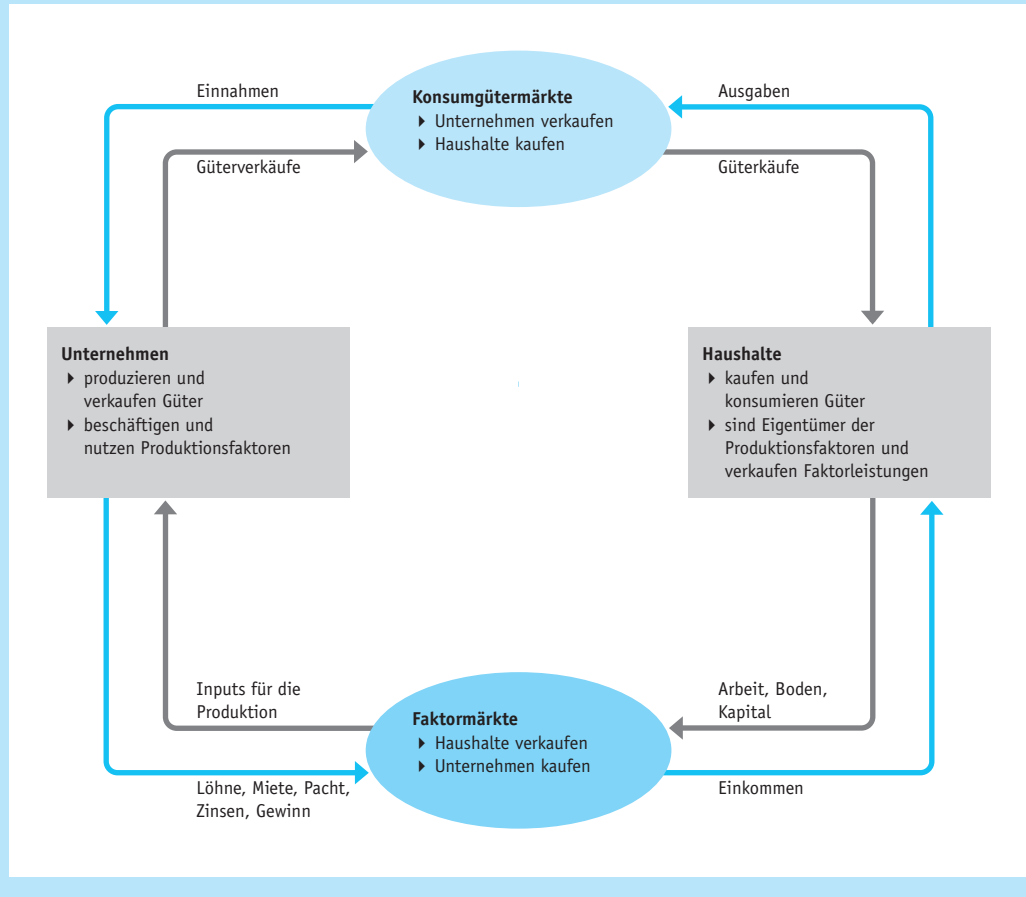
Als Fazit ergibt sich, dass in der kapitalistischen Marktwirtschaft der *Preismechanismus* die Lenkung des Wirtschaftsprozesses übernimmt. Er ist jene »unsichtbare Hand«, von der *Adam Smith*, der geistige Vater der Marktwirtschaft, 1776 in seinem wichtigsten Werk »Der Wohlstand der Nationen« gesprochen hat. Sie bringt den Einzelnen, der im Grunde nur seinen eigenen Vorteil im Auge hat, dazu, sich für das Gemeinwohl einzusetzen (siehe Kapitel 5.1).

Wirtschaftskreislauf

Die Nachfrage nach Produktivleistungen ergibt sich letztlich aus der Konsumgüter-nachfrage

Abb. 1-5

Der einfache Wirtschaftskreislauf



Die wichtigsten Kritikpunkte am freien Preis- bzw. Marktmechanismus

- ▶ Private Unternehmer produzieren nur, wenn sie damit Gewinn machen können. Güter, die nicht ohne Weiteres am Markt verkauft werden können, wie Straßennutzung, Sicherheit, Bildung oder Schutzimpfungen gegen Seuchen (*öffentliche Güter*), werden nicht angeboten.
- ▶ Es besteht eine Tendenz, den Wettbewerb durch den *Zusammenschluss* mit anderen Unternehmen einzuschränken. Darüber hinaus kann die absolute Gewinnorientierung (zumindest kurzfristig) in Konflikt mit sozialpolitischen Zielen, etwa der Arbeitsplatzsicherheit stehen (Stichwort *Shareholder Value*). Ein weiteres Problem sind so genannte *externe Effekte*. Sie liegen beispielsweise vor, wenn ein Unternehmen Giftstoffe an die Umwelt abgibt, ohne für den Schaden zu bezahlen.

- ▶ Die wirtschaftliche Aktivität schwankt. In Krisenzeiten kommt es zu *Arbeitslosigkeit* und evtl. *Deflation*. Andererseits besteht die Gefahr der *Überhitzung* und der *Inflation*. Den Chancen auf materiellen Wohlstand stehen existenzielle *Risiken* gegenüber. Insbesondere sind die Finanzmärkte instabil.
- ▶ Typisch ist schließlich die sehr *ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung*. Sie ist eine Folge des zugrunde liegenden Leistungsprinzips, wobei der Wert einer Leistung an dem Preis gemessen wird, den die Käufer dafür zu zahlen bereit sind. Die Realität zeigt, dass Gesellschaften, die sehr effizient arbeiten, die also das meiste aus ihren knappen Ressourcen herausholen, auch große soziale Unterschiede aufweisen – und umgekehrt.

1.5 Der deutsche Weg: Die Soziale Marktwirtschaft



Ludwig Erhard (1897–1977) war von 1949 bis 1963 Bundeswirtschaftsminister im Kabinett des ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer. In diesem Amt wurde Erhard zum »Vater des Wirtschaftswunders«. Von 1963 bis 1966 war er deutscher Bundeskanzler.

Die Aufhebung der Preiskontrollen bildete den Beginn des »deutschen Wirtschaftswunders«

Der 20. Juni 1948 gilt gemeinhin als Geburtstag der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. *Ludwig Erhard* (1897–1977), zu dieser Zeit Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in dem Teil Deutschlands, den Briten und Amerikaner – drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – besetzt hielten, ließ bekannt geben, die Preisbindung werde weitgehend aufgehoben. Erhard war davon überzeugt, dass die am gleichen Tag in Gang gesetzte Währungsreform, die Einführung der D-Mark, alleine nichts an der Mangelwirtschaft würde ändern können, in der Waren rationiert und gehortet wurden. Er wollte die Währungsreform daher mit einer Wirtschaftsreform verbinden. Sie sollte dafür sorgen, dass sich Arbeitsleistung und Unternehmergeist entfalten konnten. Die wichtigste Voraussetzung dafür war nach seiner Ansicht, den Preismechanismus wieder zuzulassen. Der Staat sollte nicht länger die Preise diktieren, diese sollten sich vielmehr am Markt als Ergebnis von Angebot und Nachfrage bilden. Man muss sich die damalige Situation vorstellen: Die Güterpreise und Verkaufsmengen wurden gesetzlich festgelegt. Was es auf Bezugsschein gab, war billig. Zehn Reichsmark kosteten die auf Karte erhältlichen Lebensmittel für einen Monat, sie reichten aber nicht zum Leben. Konsumgüter gab es zu den dekretierten Preisen nicht im Laden zu kaufen, auf dem verbotenen Schwarzmarkt hingegen gab es alles, aber exorbitant teuer. Ohne Tauschhandel und Schwarzmarkt wären viele Menschen verhungert.

Mit der Freigabe der Preise gelang Erhard eine historische Weichenstellung in Richtung Marktwirtschaft. Die Öffentlichkeit war ebenso überrascht wie die Alliierten. »Alle meine Berater sind gegen Ihr Vorgehen«, kritisierte der amerikanische Oberbefehlshaber Clay. »Meine Berater auch«, entgegnete Erhard. Unterstützung erhielt Erhard nur von wenigen, denn in allen Parteien, auch in der CDU, überwogen damals planwirtschaftliche Ansätze.

Auch wenn die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft ihm zuerkannt wird: Ludwig Erhard plädierte keineswegs für staatliche Maßnahmen zum Zwecke des sozialen Ausgleichs. Er sprach sich vielmehr für eine reine Konkurrenzwirtschaft im Sinne des klassischen Liberalismus aus (siehe unten). Als zentrale Bauelemente der Sozialen Marktwirtschaft sah Erhard offene Märkte und eine stabile Währung.

Allgemeiner Wohlstand entstehe nicht durch Umverteilung, sondern nur durch Wachstum. Einen Widerspruch zwischen Markt und sozialer Gerechtigkeit sah er nicht. Im Gegenteil: Erhard wandte sich entschieden gegen den Ausbau des Sozialstaats, beginnend mit der Rentenreform 1957. Er befürchtete eine Entwicklung zum Versorgungsstaat, der die Eigenverantwortung untergrabe. Sein Widerstand war freilich erfolglos, ebenso die berühmten Appelle zum »Maßhalten«, als er Kanzler wurde und die Ansprüche der Bevölkerung weiter steigen sah. Erhards Gegner nutzten eine konjunkturelle Schwächephase, um ihn 1966 zu stürzen.

Den eigentlichen Begriff der Sozialen Marktwirtschaft prägte *Alfred Müller-Armack* (1901–1978). Der Ökonom und Religionssoziologe lehrte an der Universität Köln, wechselte 1952 ins Wirtschaftsministerium (unter Erhard) und wurde Staatssekretär für Europa. Müller-Armack setzte sich dafür ein, die Kraft des Marktes als Wohlstandsmotor mit dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden.

Wie die Vertreter des so genannten Ordoliberalismus (siehe nächste Seite) sah er es als Aufgabe des Staates an, den wettbewerblichen Rahmen zu setzen und für stabiles Geld zu sorgen. Eine wichtige Säule der Sozialen Marktwirtschaft bildet insofern das 1957 verabschiedete – und seitdem mehrfach überarbeitete – Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) – kurz »Kartellgesetz« genannt.

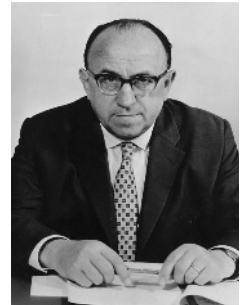
Das GWB ist die »Magna Charta« des deutschen Wettbewerbsrechts. Es beinhaltet das Verbot von Kartellen (also von vertraglich fixierten Preisabsprachen zwischen Unternehmen), die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen und die Bekämpfung des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen.

Müller-Armack erkannte darüber hinaus der *Sozialpolitik* eine größere Bedeutung zu, als es die Ordoliberalen taten. Wesentliches Instrument des sozialen Ausgleichs ist heute die Verteilungspolitik, also etwa der progressive Einkommensteuertarif, und das System der sozialen Sicherung in Form der gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen-, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Sozialhilfe. Hinzu treten die so genannte Globalsteuerung, wie sie 1967 im »Stabilitätsgesetz« verankert wurde, und weitere Maßnahmen der Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Umwelt- und Strukturpolitik.

Konzeptionen der Ordnungspolitik im historischen Zusammenhang

Nachstehend werden die wichtigsten *ordnungspolitischen Konzeptionen* im historischen Zusammenhang dargestellt. Zum Verständnis: Eine ordnungspolitische Konzeption ist die theoretische Grundlage – sozusagen das Leitbild – eines entsprechenden Wirtschaftssystems bzw. ist sie – wie im Fall der Sozialen Marktwirtschaft – mit diesem gleichzusetzen. Im Zeitablauf haben sich folgende Modelle herauskristallisiert:

- ▶ Der *Merkantilismus* (ab Ende des 16. Jahrhunderts) hatte vor allem zum Ziel, die Staatseinnahmen zu steigern und erkannte dem Staat erheblichen Einfluss zu. Haupteinnahmequelle des Staates waren neben den Steuern die Erlöse aus eigenen Betrieben.



Alfred Müller-Armack
Der deutsche Ökonom und Soziologe (1901–1978) leitete von 1952 bis 1957 als enger Mitarbeiter Ludwig Erhards die Abteilung Wirtschaftspolitik und die Grundsatzabteilung im Bundeswirtschaftsministerium.

Kernpunkte der Sozialen Marktwirtschaft

Merkantilismus

Klassischer Liberalismus

▶ Der *klassische Liberalismus* (ab Mitte des 18. Jahrhunderts) ging im Zuge der Industrialisierung von England aus. Hauptvertreter waren John Locke, David Hume, Adam Smith und Ludwig von Mises. Der Staat sollte wenig Einfluss ausüben (so genannter Nachtwächterstaat). Er hatte Eigentums- und Vertragsschutz zu gewährleisten und nur bestimmte Kernaufgaben wahrzunehmen. Ansonsten genoss die freie Preisbildung und Koordination auf Märkten oberste Priorität. Ungleiche Einkommensverteilung, soziale Härten sowie Machtkonzentration von Unternehmen waren zugunsten der allgemeinen Wohlstandssteigerung zu akzeptieren.

Sozialismus

▶ Der *Sozialismus* wurde um 1850 durch Karl Marx und Friedrich Engels propagiert und hatte als Ziel den Kommunismus. Er war geprägt vom Gedanken einer »Diktatur des Proletariats«, Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln sowie zentraler Planung. Privateigentum führte nach Vorstellung der Sozialisten zur Ausbeutung der Arbeiterklasse, unternehmerischen Gewinn erachteten sie als vorenthaltenen Lohn, dezentrale Koordination mündete ihrer Meinung nach in wirtschaftliche Krisen infolge von Überproduktion und damit verbundener Verschwendung.

Neo- oder Ordoliberalismus

▶ Der *Neo- oder Ordoliberalismus* (beginnend 1932 mit der Gründung der »Freiburger Schule« durch Walter Eucken und Franz Böhm) stellte die Verwirklichung einer Wettbewerbsordnung auf der Grundlage des Privateigentums in den Mittelpunkt. Sein Ideal war individuelle Freiheit mit vollständiger Konkurrenz auf allen Märkten. Ein starker Staat sollte die dafür notwendigen Rahmenbedingungen setzen, insbesondere durch konsequente Wettbewerbspolitik wirtschaftliche Machtkonzentration verhindern. Eine wichtige Rolle wurde von Eucken zudem der Eigenverantwortung der Unternehmen bzw. (heute) der Manager und – damit verbunden – der privaten Haftung zuerkannt. Weitere Vertreter dieser Denkrichtung waren Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke. Teilweise (Röpke) warben die Neoliberalen auch für eine aktive staatliche Konjunkturpolitik und nahmen damit keynesianische Ideen vorweg.

Soziale Marktwirtschaft

▶ Die *Soziale Marktwirtschaft* ist das aus dem Neoliberalismus hervorgegangene wirtschaftspolitische Leitbild Deutschlands. Wie oben ausgeführt, wird hier versucht, das marktwirtschaftliche System mit dem Ziel des sozialen Ausgleichs zu verbinden. Privateigentum und Leistungswettbewerb werden als Garant von Freiheit und Wohlstand angesehen. Sie bilden damit auch die Voraussetzung für die Kompensation sozialer Härten, insbesondere ermöglichen sie die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems. Die Soziale Marktwirtschaft ist eng verknüpft mit dem in Deutschland realisierten freiheitlichen, demokratischen Gesellschaftssystem.

1.6 Zweck und Mittel – Aufgaben und Methodik der Volkswirtschaftslehre

Es gilt als gesicherte Erkenntnis, dass das Begriffsvermögen des Menschen maximal bis an die Stufe der eigenen Existenz reicht. Das heißt, der Mensch kann lernen, die Funktionsweise eines Schraubenschlüssels, eines Autos, eines Kernkraftwerkes oder eben gerade noch eines Menschen zu verstehen. Niemals aber wird es ihm gelingen, mehrere Menschen in ihrem Zusammenwirken vollständig zu erfassen. Nun ist eine *Volkswirtschaft* immer eine (große) Gruppe von Menschen, die bei ihrer Lebensgestaltung zueinander in Beziehung treten. Die Realität, mit der es die *Volkswirtschaftslehre* zu tun hat, ist deshalb im Allgemeinen kompliziert und in ihren vielfältigen Abhängigkeiten nicht zu überschauen. Deshalb arbeiten Ökonomen – wie auch Physiker oder Theologen – mit teilweise stark vereinfachten *Modellen*. Anhand solcher Modelle widmet sich die Volkswirtschaftslehre zunächst der *Beschreibung* und *Erklärung* ökonomischer Vorgänge. Darauf aufbauend kann sie sich den Aufgaben der *Prognose* des zukünftigen Wirtschaftsablaufs sowie der *Beratung* bei dessen zielgerichteter Beeinflussung durch die Politik zuwenden.

Nehmen wir als *Beispiel* die *Arbeitslosigkeit* (siehe Abbildung 1-6). Ihre Ursachen könnten darin liegen, dass die Löhne zu hoch sind, die Konjunktur schlecht läuft, der technische Fortschritt Arbeitsplätze kostet und vieles andere mehr. Eventuell sind diese Ursachen selbst Folge der Arbeitslosigkeit (so wird eine hohe Arbeitslosigkeit die Lohnforderungen dämpfen). Zudem bestehen auch zwischen den einzelnen Ursachen kausale Beziehungen (zum Beispiel können hohe Löhne die Rationalisierungstechnik fördern). Und schließlich werden die genannten Ursachen ihrerseits durch weitere Einflüsse bestimmt (der schlechten Konjunktur könnte ein Rückgang etwa der Konsum- oder der Investitionsnachfrage zugrunde liegen), die wiederum ihre eigenen Ursachen haben etc. In einem Modell wird dieses verästelte Beziehungsgeflecht auf eine Auswahl als wesentlich eingeschätzter Einflusskanäle reduziert. Dann versucht man, durch genaues Beobachten – man nennt das »empirische Forschung« – die Zusammenhänge möglichst exakt zu charakterisieren, und kommt so zu Aussagen wie: Wenn die Konjunktur um X Prozent steigt, dann nimmt die Arbeitslosigkeit um Y Prozent ab. Genau diese Beziehung wurde übrigens in den USA von dem früheren Regierungsberater Okun gemessen (für die Zeit von 1947 bis 1960). Die Erfahrungsregel, die sich dabei ergab, hat in der Ökonomie als *Okun-Gesetz* einige Beachtung gefunden. Es lautet:

Änderung der Arbeitslosenquote in %
= $-\frac{1}{2}$ (%-Wachstum der Inlandsproduktion -3 %)

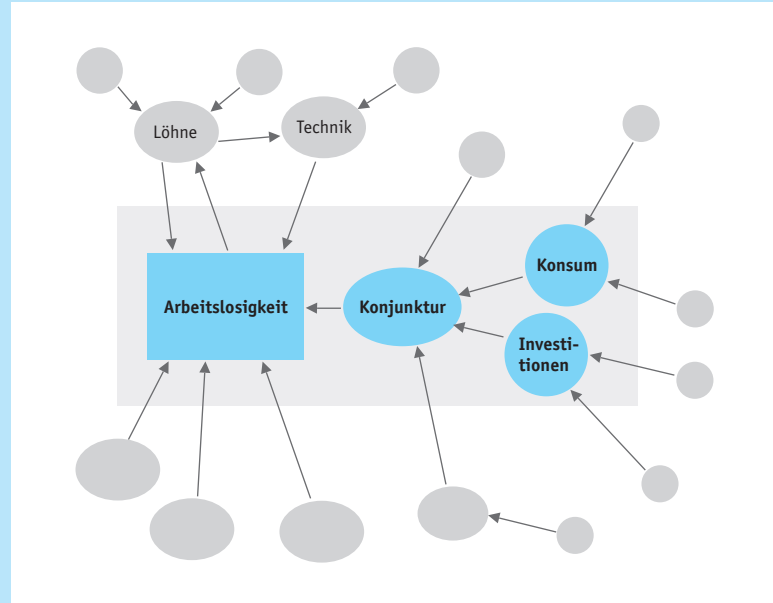
Wächst also die Produktion beispielsweise um 5 Prozent, so sinkt die Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt.

Ein Modell ist die vereinfachte Darstellung der wirtschaftlichen Wirklichkeit anhand einer überschaubaren Anzahl wesentlicher Zusammenhänge

Okun-Gesetz

Abb. 1-6

Beispiel eines ökonomischen Modells



In Deutschland, heißt es, muss das Wirtschaftswachstum mindestens 2 Prozent betragen, damit die Beschäftigung zunehmen kann

Erfahrungsgemäß gibt es kein Modell, mit dem man die wirtschaftliche Entwicklung immer völlig realitätsgetreu erklären kann. Das liegt zum einen daran, dass die tatsächlich wirksamen Einflussfaktoren eben nicht bekannt sind. Es kann also sein, dass nicht die wichtigsten ausgewählt wurden. Außerdem werden die bestehenden Beziehungen stark vom menschlichen Verhalten bestimmt. Das aber unterliegt bekanntlich Schwankungen und kann deshalb nicht ein für alle Mal exakt berechnet werden (wie beispielsweise die Umlaufbahn eines Satelliten). Aus diesen Gründen finden sich in der Volkswirtschaftslehre recht häufig für das gleiche Problem mehrere, miteinander konkurrierende Erklärungsansätze (auch: *Theoreme* oder *Paradigmen*). Um die Wirkung einzelner Einflussgrößen klar zu erkennen, arbeitet die Volkswirtschaftslehre oft mit der Annahme, »dass alles Übrige gleich bleibt« (*Ceteris-Paribus-Klausel*).

1.7 Das magische Viereck – Probleme der Stabilisierungspolitik

Um ihrer Beratungsfunktion gerecht zu werden, muss die Volkswirtschaftslehre die *Ziele der Wirtschaftspolitik* analysieren. In Deutschland sind die gesamtwirtschaftlichen Ziele im »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der

Wirtschaft« vom 8. Juni 1967 (so genanntes »Stabilitätsgesetz«) festgelegt worden (siehe Abbildung 1-7). § 1 StabG lautet:

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

Stabilitätsgesetz

Weitere, häufig genannte Ziele sind eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der Umweltschutz. Je nachdem, wie viele dieser Ziele wirtschaftspolitisch angestrebt werden, spricht man vom magischen Viereck, Fünfeck oder allgemein vom magischen Vieleck. Der Begriff »magisch« soll dabei ausdrücken, dass die Ziele oft miteinander im Konflikt stehen und deshalb in der Realität meist nie gleichzeitig – wie im Stabilitätsgesetz gefordert – zu erreichen sind. Vielmehr ist die Gefahr gegeben, dass die Verbesserung des einen Ziels mit der Verschlechterung eines anderen Ziels verbunden ist. Dies erfordert dann ein Abwägen (*Trade-off*). Beispiele für solche *Zielkonflikte* sind zahlreich.

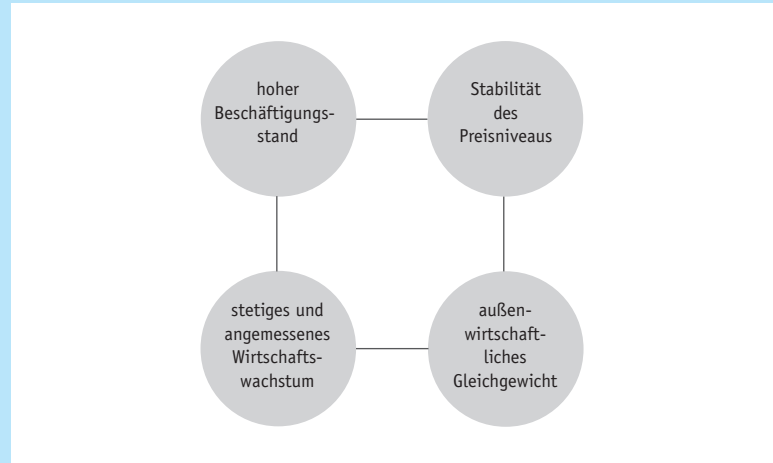
So kann eine Verbesserung der Umweltqualität dadurch erreicht werden, dass Produktionsfaktoren aus der Güterproduktion abgezogen werden, was sich wiederum negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Umgekehrt kann ein hohes Wachstum die Umwelt schädigen. Weiterhin geht ein schnell wachsendes Volkseinkommen zwar in der Regel mit einer höheren Beschäftigung einher, andererseits ist dies oft von Preissteigerungen begleitet. Das hat normalerweise zur Folge, dass die Importe zu- und die Exporte abnehmen und damit das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gefährdet werden kann. Will man etwa die Einkommenssituation einzelner Bevölkerungsgruppen verbessern, indem man die Steuerbelastung der Reichen erhöht, so ist zu befürchten, dass die Leistungsträger den Anreiz zur Produktion verlieren und damit der gesamte »Kuchen« dessen, was verteilt werden kann, kleiner wird. Der wohl berühmteste Zielkonflikt schließlich wird anhand der so genannten *Phillipskurve* diskutiert. Demnach kann eine höhere Beschäftigung zumindest kurzfristig durch eine staatliche Konjunkturankurbelung unter Inkaufnahme einer höheren Inflationsrate erreicht werden. Allerdings ist die Gültigkeit dieser Beziehung heftig umstritten. Wir kommen darauf noch zu sprechen.

Beispiele für Zielkonflikte

Die Beziehung zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen ist nicht unverrückbar gegeben, sondern abhängig von der jeweiligen Wirtschaftslage und von den gewählten Instrumenten der Stabilisierungspolitik. Beispielsweise ist es in Zeiten einer Massenarbeitslosigkeit durchaus denkbar, dass eine Erhöhung der Staatsausgaben zu einer Beschäftigungszunahme führt, ohne das Ziel der Preisstabilität fühlbar zu gefährden. Dabei spielt das Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer eine große Rolle: Wenn die Gewerkschaften bei einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage höhere Löhne fordern, werden die Unternehmer das in ihre Preise einkalkulieren, was die Inflation anheizt.

Abb. 1-7

Das magische Viereck



Ob ein Zielkonflikt vorliegt oder nicht, hängt darüber hinaus davon ab, welches wirtschaftspolitische Instrument zum Einsatz gelangt. Über die Eignung bzw. Wirkungsweise der Instrumente bestehen indes kontroverse Ansichten. Die Vertreter der so genannten *Angebotspolitik* versprechen sich etwa von einer Lohnsenkung bzw. Lohnzurückhaltung positive Effekte sowohl auf die Beschäftigung als auch auf die Preisstabilität. Die Verfechter der so genannten *Nachfragepolitik* bestreiten dies vehement. Wir werden diese Fragen weiter hinten systematisch analysieren (siehe Kapitel 5). Es dürfte aber klar geworden sein, mit welchem schwierigen Problem die Stabilisierungspolitik zu kämpfen hat.

1.8 Kompetenz und Macht – die Träger der Wirtschaftspolitik

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein föderalistisch aufgebauter Staat. Sie ist Mitglied der Europäischen Union und zahlreicher anderer internationaler Organisationen. Ihr Wirtschaftssystem basiert auf dem Prinzip der dezentralen Planung. In der Konsequenz gibt es eine Vielzahl von Trägern der Wirtschaftspolitik. Darunter versteht man alle Institutionen bzw. Akteure, die durch ihr Handeln die Wirtschaftsordnung, den Wirtschaftsablauf und die Wirtschaftsstruktur eines Landes prägen. Hierbei kann man im Inland zwischen *öffentlichen*, das heißt staatlichen bzw. halbstaatlichen (intermediären), und *privaten* Trägern der Wirtschaftspolitik unterscheiden (siehe Tabelle 1-1). Hinzu tritt der *internationale* Sektor. In einer weiteren Unterscheidung lassen sich die wirtschaftspolitischen Akteure in *Ent-*

Tab. 1-1

Träger der Wirtschaftspolitik

Internationaler Sektor	Supranationale Träger mit öffentlich-rechtlicher Entscheidungsbefugnis: EU-Kommission, Europäische Zentralbank
	Internationale Träger ohne öffentlich-rechtliche Entscheidungsbefugnis: OECD, Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbankgruppe, World Trade Organization (WTO), Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)
Staatlicher Sektor	Träger der Wirtschaftspolitik mit öffentlich-rechtlicher Entscheidungsbefugnis: <i>Legislative</i> Bundestag, Landtage, Kommunalparlamente <i>Exekutive</i> Bundesregierung, Landesregierungen, Kommunalbehörden <i>Judikative</i> Oberste Gerichte, u.a. Bundesverfassungsgericht, Arbeits- und Sozialgerichte
	Träger der Wirtschaftspolitik ohne öffentlich-rechtliche Entscheidungsbefugnis: Politische Parteien
Intermediärer Sektor	Autonome Träger mit öffentlich-rechtlicher Entscheidungsbefugnis: Bundesversicherungsanstalten, Deutscher Industrie- und Handelstag, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern
	Weisungsgebundene Träger mit öffentlich-rechtlicher Entscheidungsbefugnis: Bundeskartellamt, Bundesagentur für Arbeit, Bundesamt für Umwelt, Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen (BaFin), Deutsche Bundesbank
	Autonome Träger ohne öffentlich-rechtliche Entscheidungsbefugnis: Sachverständigenrat, Monopolkommission, Wissenschaftliche Beiräte
Privater Sektor	Träger der Wirtschaftspolitik mit privatrechtlicher Entscheidungsbefugnis: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Unternehmensverbände, Bauernverband
	Träger der Wirtschaftspolitik ohne privatrechtliche Entscheidungsbefugnis: Unternehmen, Publizisten, Wissenschaftler, Forschungsinstitute, Kirche

scheidungsträger und *Einflusssträger* differenzieren. Erstere besitzen die ihr von der Gesellschaft übertragene öffentlich-rechtliche Kompetenz, wirtschaftspolitische Entscheidungen zu treffen und die Macht diese durchzusetzen. Entscheidungsträger handeln teilweise *autonom*, teilweise sind sie gegenüber einer höheren Stelle – etwa einem Ministerium – *weisungsgebunden*. Einflusssträger verfügen hingegen lediglich über Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Einflussnahme (Macht ohne Kompetenz).

Beginnen wir mit dem *internationalen Sektor*. Hier kann man zwischen supranationalen und internationalen Trägern der Wirtschaftspolitik unterscheiden. *Supranationalen Institutionen* werden Teilbereiche der nationalen Wirtschaftspolitik übertragen. Auf diese Weise besitzen sie eigenständige Machtbefugnisse auf diesen

Teilgebieten. Beispiele sind etwa die EU-Kommission in Brüssel, die unter anderem die Agrar- und Strukturpolitik sowie die Wettbewerbspolitik der EU weitgehend bestimmt, oder die Europäische Zentralbank, die für die Geldpolitik der Europäischen Währungsunion zuständig ist. Aufgabe der *internationalen Organisationen* ist es, das wirtschaftspolitische Handeln der beteiligten Länder zu koordinieren, zu überwachen und beratend tätig zu sein. Sie haben in der Regel keine wirtschaftspolitische Entscheidungsbefugnis, weil die Staaten keine Souveränitätsrechte auf sie übertragen. Dennoch üben sie durch ihre Tätigkeit Einfluss auf die nationale Wirtschaftspolitik aus. Als Beispiel kann man die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD) anführen. Sie ist eine Unterorganisation der Vereinten Nationen. Ihre Hauptaufgabe liegt in der Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe.

Staatlicher Sektor

Naturgemäß besitzt in der Sozialen Marktwirtschaft der *Nationalstaat* eine besondere wirtschaftspolitische Verantwortung. Entsprechend der Aufteilung der Zuständigkeiten durch das Grundgesetz kommt den *Gebietskörperschaften* (Bund, Länder und Gemeinden) als direkten Repräsentanten des Staates eine große Bedeutung zu. Innerhalb der Gebietskörperschaften hat der Bund eine überragende Position. Die Bundesregierung – vertreten durch die entsprechenden Minister – ist Inhaber der faktischen wirtschaftspolitischen Macht, wenngleich das Parlament die gesetzlichen Voraussetzungen für die Wirtschaftspolitik schafft. In einem föderativen Staatswesen wie der Bundesrepublik Deutschland haben auch die Länder erhebliche Entscheidungsgewalt, vor allem im Bereich der regionalen und sektoralen Strukturpolitik oder der Bildungspolitik. Da auf die Gemeinden in Deutschland rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen entfallen, sind auch diese bedeutende Entscheidungsträger der Wirtschaftspolitik. Schließlich obliegt in Deutschland den *obersten Gerichten* die Aufgabe, wirtschaftspolitische Entscheidungen zu korrigieren bzw. letztlich neu zu treffen und so gestaltend einzugreifen.

Politische Parteien gelten durch ihre Aufnahme in Art. 21 GG als Verfassungs- bzw. Staatsorgane. Sie üben durch ihre Programme Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Konzepte der Regierung aus. Dieser Einfluss ist natürlich umso stärker, je weniger die Regierungspartei auf einen Koalitionspartner angewiesen ist. Aber auch die Oppositionsparteien können auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen einwirken, beispielsweise über den Bundesrat.

Intermediärer Sektor

Einen Teil der Befugnisse hat der Staat auf den *intermediären Sektor* übertragen. Es existiert eine Vielzahl von Körperschaften des öffentlichen Rechts (Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern etc.), die – als autonome Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft – im Rahmen der ihnen zugestandenen Kompetenzen sowohl Funktionen der Legislative (Ausführungsverordnungen) als auch der Exekutive (Abnahme von Prüfungen, Kontrolle der Beachtung gesetzlicher Bestimmungen) und der Rechtsprechung (Ehrengerichtbarkeit) wahrnehmen. Daneben gibt es weisungsgebundene öffentlich-rechtliche Entscheidungsträger, wie etwa die Bundesagentur für Arbeit.

Schließlich hat der Staat verschiedene Gremien etabliert, die öffentlich-rechtliche Informationsfunktionen wahrnehmen. Es handelt sich hierbei vor allem um

den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Monopolkommission (zur Beurteilung der Unternehmenskonzentration) und die wissenschaftlichen Beiräte der einzelnen Fachministerien.

Kompetenzen von hoher Relevanz sind in Deutschland auch dem *privaten Sektor* zuerkannt worden. Insbesondere die den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zugewilligte Tarifautonomie berechtigt diese zu Entscheidungen, die erhebliche gesamtwirtschaftliche Auswirkungen haben können. Darüber hinaus versuchen diese und die anderen Wirtschaftsverbände, im Interesse ihrer Mitglieder Einfluss auf die übrigen Träger der Wirtschaftspolitik (vornehmlich auf die staatlichen Träger) zu nehmen. Neben den Verbänden können u.a. auch Publizisten oder die Kirche in dem Sinne Macht besitzen, dass sie sich Gehör zu verschaffen wissen, dadurch die Willensbildung und so mittelbar die wirtschaftspolitischen Entscheidungen beeinflussen.

Privater Sektor

1.9 So funktioniert eine Volkswirtschaft

Im Jahr 2005 erhielt der Linkspopulist Oskar Lafontaine nochmals eine Auszeichnung der besonderen Art. Das Magazin Wirtschaftswoche würdigte seinen Vorschlag, zur Überwindung der Konjunkturschwäche die Löhne kräftig zu erhöhen, als »ökonomische Dummheit der Woche« mit dem »Dodo-Preis«. Der Dodo war ein flugunfähiger, rund ein Meter großer Insel-Vogel, der wegen seines mangelnden Lern- und Anpassungsvermögens ausstarb.

Festzustellen ist, dass die Ziele der Wirtschaftspolitik im Allgemeinen wenig umstritten sind, allenfalls ist man hinsichtlich ihrer Gewichtung unterschiedlicher Ansicht. Heftigen Disput gibt es indes zwischen den politischen Lagern immer schon über die richtigen Instrumente, mit denen diese Ziele zu erreichen sind.

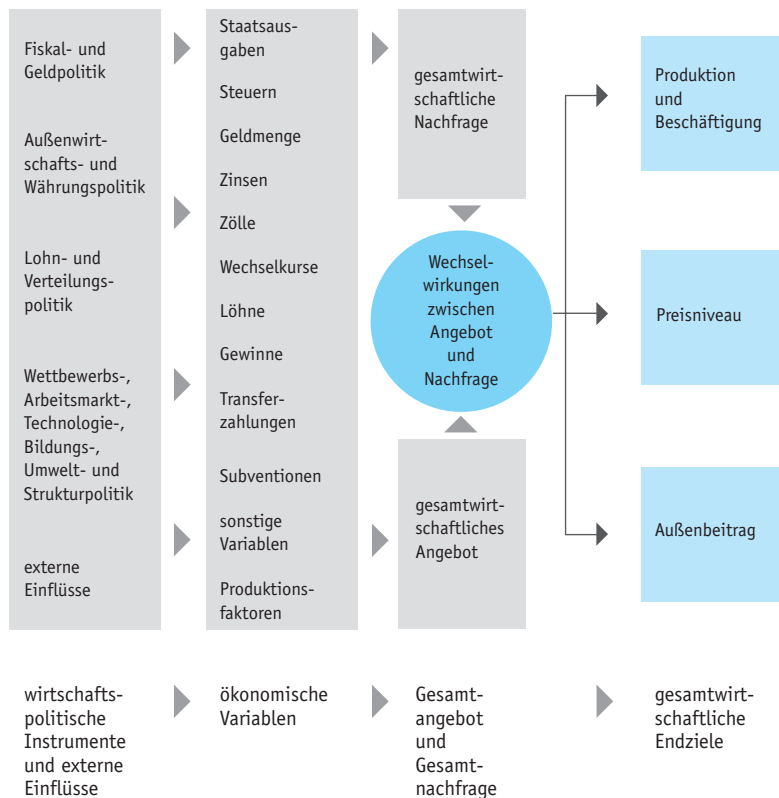
Ein seriöses Urteil diesbezüglich setzt erstens das Wissen darüber voraus, welche Instrumente grundsätzlich zur Beeinflussung einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehen. Zweitens sollte man verstehen, über welche Wirkungskanäle diese Instrumente ihren Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen entfalten. Anhand dieser Betrachtung lässt sich die grundsätzliche Funktionsweise einer Volkswirtschaft dann recht gut erklären.

Jede Nation verfügt über ein breit gefächertes Instrumentarium, das zur Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele (wachsende Produktion und Beschäftigung, stabiles Preisniveau, ausgeglichener Außenbeitrag) eingesetzt werden kann. Wie in Abbildung 1-8 dargestellt, werden durch diese Instrumente sowie weitere externe Faktoren bestimmte Variablen einer Volkswirtschaft (Steuern, Zinsen, Wechselkurse etc.) beeinflusst, die ihrerseits für die Nachfrage- und Angebotsentscheidungen der Wirtschaftssubjekte eine große Rolle spielen. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bildet die Höhe der Ausgaben, die die Konsumenten, die Unternehmen, der Staat und das Ausland unter Berücksichtigung der gegebenen Preise, ihres Einkommens und anderer Kriterien tätigen wollen. Unter dem gesamtwirtschaftlichen Angebot versteht man die Ausbringungsmenge, die die inländischen Unternehmen

zu den herrschenden Preisen und unter Berücksichtigung ihrer Kapazitäten und Kosten zu produzieren und zu verkaufen bereit bzw. in der Lage sind. Hinzu tritt das Angebot des Staates an Dienstleistungen, etwa im Bereich der Bildung, Gesundheit oder Sicherheit.

Abb. 1-8

Das gesamtwirtschaftliche Wirkungssystem



Als wichtiges Instrument der Wirtschaftspolitik ist zunächst die *Fiskalpolitik* zu nennen. Sie umfasst vor allem die Ausgaben- und Steuerpolitik des Staates. Daneben kommt der *Geldpolitik*, die von der Zentralbank verantwortet wird, eine herausragende Bedeutung zu. Sie bestimmt die Entwicklung der Geldmenge und der Zinssätze in der Volkswirtschaft. Wir werden auf diese beiden zentralen Hebel der Wirtschaftspolitik später ausführlich eingehen (siehe Kapitel 6 und 7). Vorläufig genügt es zu wissen, dass die Fiskal- und die Geldpolitik einen mehr oder weniger starken Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ausüben.

Unter der *Außenwirtschafts-* und *Währungspolitik* sind etwa Handelsbeschränkungen, Zölle oder Wechselkursbeeinflussungen zu verstehen, mit denen der Staat und die Zentralbank versuchen, einen Ausgleich zwischen Exporten und Importen bzw. ein Gleichgewicht auf dem Devisenmarkt herbeizuführen. Derartige Eingriffe wirken ebenfalls vor allem auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Träger der *Lohnpolitik* sind in Deutschland (unter dem Vorbehalt evtl. gesetzlich verankerter Mindest- oder Höchstlöhne) die Tarifpartner, also Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Bei den gezielten Maßnahmen der *Verteilungspolitik* unterscheidet man vermögenspolitische (z.B. Wohnungsbauprämie, Vermögensteuer) und einkommenspolitische Instrumente. Letztere greifen insbesondere über die Einkommensteuer (etwa durch steuerliche Vergünstigungen oder den Progressionsverlauf im Steuertarif) oder durch Transferzahlungen, also Renten, Arbeitslosengeld, Kinder- oder Wohngeld. Die Maßnahmen der Lohn- und Verteilungspolitik gehören zweifellos zu den umstrittensten makroökonomischen Instrumenten. Sie wirken sich – über die Löhne, Gewinne und andere Einkommensarten – sowohl auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage als auch auf das gesamtwirtschaftliche Angebot aus. Eine Lohnerhöhung bspw. hat eine doppelte Wirkung: Einerseits verbessern steigende Löhne die Kaufkraft der Lohnempfänger. Andererseits steigen die Lohnkosten der Unternehmen. Wenn die Unternehmen daraufhin Entlassungen vornehmen, kann es sein, dass die Lohnsumme – die für die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage entscheidend ist – gar nicht steigt, sondern im Gegenteil sogar sinkt (siehe Kapitel 4).

Die Geld- und Fiskalpolitik sowie weite Bereiche der Außenwirtschafts- und Währungspolitik (die Festlegung des Wechselkursregimes etwa ist eine ordnungspolitische Entscheidung) sind Teil der sog. Prozess- bzw. Ablaufpolitik. Sie umfasst alle Maßnahmen und Mittel, die den Wirtschaftsprozess in Richtung der gesamtwirtschaftlichen Ziele beeinflussen. Überwiegend werden diese Maßnahmen der Konjunkturpolitik zugerechnet. Die Lohn- und Verteilungspolitik hingegen gehört grundsätzlich zum Bereich der Ordnungspolitik, die darauf gerichtet ist, eine gewünschte Wirtschaftsordnung zu verwirklichen bzw. zu sichern und auszubauen. Die Verteilungspolitik ist das Hauptinstrument der Sozialpolitik. Im Mittelpunkt der marktwirtschaftlichen Ordnung steht die *Wettbewerbspolitik*, die sich in Deutschland unter anderem im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) manifestiert. Ordnungspolitik kann zu einem Gutteil als Wachstumspolitik begriffen werden. Eine in dieser Hinsicht bedeutsame ordnungspolitische Maßnahme ist etwa die Deregulierung von Märkten, bspw. des *Arbeitsmarktes*. Wachstumspolitische Relevanz besitzen vor allem auch die *Technologie-, Bildungs-, Umwelt- und Strukturpolitik*. Letztere beinhaltet die sektorale Strukturpolitik, etwa in Form von Subventionen für bestimmte Wirtschaftsbereiche, wie Kohle, Windenergie oder Textil, weiterhin die Regionalpolitik (z.B. Förderprogramme in den neuen Bundesländern) sowie die Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen im Rahmen der Mittelstandspolitik.

Die zuletzt genannten Maßnahmen der Ordnungspolitik beeinflussen in erster Linie die auf die Angebotsseite einer Volkswirtschaft wirkenden ökonomischen Variablen. Unter diesen kommt den volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren, das

Ordnungspolitik

Prozesspolitik

Externe Einflüsse

Die Wirtschaftsentwicklung ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage

heißt dem Kapitalstock, der Arbeit, den Ressourcen und der Technologie, eine besondere Bedeutung zu. Sie sind maßgeblich für die Fähigkeit zur Gütererstellung, also für die Höhe der potenziellen Produktion und somit für das Gesamtangebot an Gütern in der Ökonomie. Neben die wirtschaftspolitischen Instrumente treten weitere *externe Einflüsse*, wie etwa das Wetter, die Bevölkerungsentwicklung, Katastrophen oder Auslandseinflüsse. Auch diese haben erhebliche angebots- und nachfrageseitige Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Aus den Wechselwirkungen zwischen Angebot und Nachfrage resultieren nun bestimmte wirtschaftliche Ergebnisse, die sich in den gesamtwirtschaftlichen Zielgrößen (Produktion und Beschäftigung, Preisniveau und Außenbeitrag) niederschlagen. Wenn sich also z.B. die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöht, steigt typischerweise das Preisniveau, die Produktion und die Beschäftigung nehmen zu. Der damit verbundene Einkommenszuwachs regt aber die Importnachfrage an, wodurch sich der Außenbeitrag (= Exporte minus Importe) verschlechtert. Wir besprechen derartige Vorgänge vor allem im 4. und 5. sowie im 9. Kapitel.

Schlüsselbegriffe

- ▶ **ökonomische Güter**
- ▶ **ökonomisches Prinzip**
- ▶ **Mikro- und Makroökonomik**
- ▶ **Außenwirtschaftslehre**
- ▶ **Finanzwissenschaft**
- ▶ **Wirtschaftssysteme**
- ▶ **volkswirtschaftliche Produktionsfaktoren**
- ▶ **Wertschöpfung**
- ▶ **Wirtschaftskreislauf**
- ▶ **Soziale Marktwirtschaft**
- ▶ **Merkantilismus**
- ▶ **klassischer Liberalismus**
- ▶ **Sozialismus**
- ▶ **Neo- oder Ordoliberalismus**
- ▶ **ökonomisches Modell**
- ▶ **magisches Viereck**
- ▶ **Angebots- und Nachfragepolitik**

Auf den Punkt gebracht

Bei der Lösung des Knappheitsproblems hat sich das marktwirtschaftliche System als haushoch überlegen erwiesen. Um Konjunktur- und Beschäftigungsschwankungen, Machtmissbrauch, Übertreibungen und soziale Härten zu begrenzen, bedarf es aber einer starken staatlichen Wirtschaftspolitik. In einer groben Einteilung lässt sich diese in Ordnungs- und Prozesspolitik untergliedern. Je nachdem, ob die entsprechenden Maßnahmen das gesamtwirtschaftliche Güterangebot oder die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage beeinflussen, sprechen wir von Angebots- oder Nachfragepolitik. Ihre gemeinsame Zielsetzung umfasst in Deutschland das im Stabilitätsgesetz von 1967 beschriebene »magische Viereck«, ergänzt um die Ziele einer möglichst »gerechten« Einkommens- und Vermögensverteilung sowie des Umweltschutzes.

Kontrollfragen

1. *Wie lauten die Grundfragen der Ökonomie?*
2. *Erläutern Sie die Funktionsweise der freien kapitalistischen Marktwirtschaft anhand eines Beispiels. Wo liegen die Nachteile dieses Wirtschaftssystems?*
3. *Welche ordnungspolitischen Konzeptionen kennen Sie? Rekapitulieren Sie diese kurz in ihrer historischen Abfolge.*
4. *Worin bestehen die zentralen Ziele der Wirtschaftspolitik in Deutschland? Erklären Sie die Möglichkeit von Zielkonflikten anhand eines Beispiels.*
5. *Was versteht man unter Prozess-, was unter Ordnungspolitik? Schildern Sie deren Wirkungsweise jeweils anhand eines Beispiels.*

Literaturhinweise

Becker, G.S., Becker, G.N.: Die Ökonomie des Alltags, Stuttgart 1998

Eucken, W.: Nationalökonomie wozu? 5., erw. Aufl., Stuttgart 2008

Friedman, D.: Der ökonomische Code. Wie wirtschaftliches Denken unser Handeln bestimmt, 2. Aufl., München 2004

Horn, K.: Die Soziale Marktwirtschaft, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2014

Lampert, H.: Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, 17. Aufl., München 2011

Levi, M.: Volkswirtschaftlich denken. Vom alltäglichen Nutzen der Wirtschaftswissenschaft, Teil I: Positiv denken, Basel 1987, Nachdruck 2014

Thieme, H.J.: Wirtschaftssysteme, in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 1, 9. Aufl., München 2012

Willke, G.: Kapitalismus, Frankfurt a.M. 2006

